

Christian Vollradt

## Pressefreiheit im Netz des politisch Korrekten



Als Journalist bin ich Angehöriger eines Berufsstands, dessen Ansehen beim Volk ziemlich gering ist... Zu meinem Glück sind immerhin Gewerkschaftsfunktionäre und Politiker noch weniger angesehen.

Das mag zu einem Gutteil auch mit dem Phänomen Political Correctness (PC) zusammenhängen, das eng mit den Medien, ihrer Art der Berichterstattung und Meinungsbildung sowie eben mit ihren Protagonisten verflochten ist.

Lassen wir zunächst einen Verteidiger der PC, sozusagen die Gegenseite zu Wort kommen: Was ist denn so schlimm an Political correctness? Hat sie nicht auch ihre guten Seiten? In einem unter jüngeren Medienleuten relativ bekannten Internetbblog (<http://kleinerdrei.org/2013/02/political-correctness/>) heißt es dazu:

„Aber was ist Political Correctness jetzt eigentlich und warum sollten wir sie lieben und keine Angst vor ihr haben? Political Correctness soll die Sprache weniger diskriminierend machen. Ja, Sprache ist diskriminierend. Und das ist auch kein Wunder, hängt sie ja schließlich trotz allem irgendwie mit der Realität zusammen und wie sollen sich bitte z. B. Jahrhunderte mangelnder Gleichberechtigung und Verachtung von Frauen, Homosexuellen und Schwarzen nicht in der Sprache niederschlagen? Aber seit einigen Jahrzehnten ist das ja zum Glück ein wenig anders. Wir werden zunehmend sensibler für sprachliche Diskriminierungen – allen voran die Betroffenen. Die halten nämlich nicht mehr den Mund, wenn sie diskriminiert werden.

Die Wahrheit ist: Political Correctness ist super, weil sie dazu führt, dass weniger Leute diskriminiert werden. Das führt zu einem besseren und angenehmeren Zusammenleben für alle und macht die Welt zu einem besseren Ort. So einfach ist das. Darum ist jeder, der das N-Wort (also „Neger“, C.V.) verteidigt, rassistisch. So einfach ist das. Jeder, der „schwul“ als Schimpfwort benutzt, ist homophob. So einfach

ist das. Ja, auch wenn man es ‚nicht so meint‘. Das ist auch für mich kein Problem mit der Redefreiheit, denn die hört da für mich auf, wo ich andere Menschen verletze bzw. verletzen kann. Es ist noch nicht einmal irgendeine Art der Selbsteinschränkung, denn Beleidigungen und diskriminierende Sprache sind nie unverzichtbar.“

Und weiter: „Mit politisch korrekter Sprache bekommen marginalisierte Gruppen vielleicht eher die Möglichkeit zu sprechen, als ohne. Auch sollte man sich hier für einen Augenblick von dem ganzen Diskurs der Political Correctness lösen und sich einmal auf den wörtlichen Sinn von politisch korrekt besinnen: Was kann bitte schlimm daran sein, wenn etwas politisch korrekt ist? Als politische Individuen richtig und korrekt behandelt werden – wollen wir das nicht alle? Wir sollten uns diesen Begriff wieder aneignen und wieder das sehen, was gut daran ist. Wir sollten uns wieder trauen die Political Correctness als Konzept zu verteidigen und das Kokettieren mit politisch Unkorrektem vom Platz zu verweisen – und zwar dahin, wo es hingehört: zu Stammtischgelaber, zu Das-wird-man-ja-wohl-noch-sagen-dürfen, zu deutschtümelnder Piefigkeit und der Angst vor Bedeutungsverlust.“

Starker Tobak.

Eigentlich ist die PC also gar nicht schlimm. Sie hilft den Schwachen, die sich nicht wehren können, trägt nur dem normalen Wandel der Zeit und damit der Gepflogenheiten Rechnung; ist also nichts anderes als jede andere Höflichkeit oder Rücksichtnahme auch?

Nun, Sie werden sich nicht wundern, daß ich anderer Ansicht bin. Was hier gelobt wird, ist nur eine Marginalie. Natürlich ist es kein Problem, nicht mehr „Neger“ zu sagen...

Aber Political Correctness ist mehr. Und von ihr geht Gefahr aus, weil sie freiheitseinschränkend, antipluralistisch – und wahrheitsvernebelnd wirkt. Ich hoffe, aus den Beispielen, die ich nenne geht hervor, warum. Vorab eine Bemerkung

Der Physiker und Kabarettist Vince Ebert schrieb neulich in einem Gastbeitrag für die „Welt“ (<http://www.welt.de/debatte/article113809318/Freiheit-Ach-Hauptsache-der-Muell-ist-getrennt.html>):

„Das politisch Korrekte steckt in uns Deutschen anscheinend drin. .... Wir sind stolz auf unsere Demokratie, doch der Geist der Freiheit ist uns suspekt. In Wahrheit jedoch bedeutet die bloße Tatsache, dass der Wille des Volkes in einer freien Wahl zum Ausdruck kommt, nicht sehr viel. Im Grunde genommen bedeutet Demokratie lediglich, dass

zehn Füchse und ein Hase darüber abstimmen können, was es zum Abendessen gibt. Freiheit dagegen bedeutet, wenn der Hase mit einer Schrotflinte die Wahl anfechten kann.“

Deutschland ist keine Diktatur, sondern ein Rechtsstaat. Wir können uns auf verbrieftete Freiheitsrechte berufen, und Toleranz gilt als ein hohes Gut. Anders als in anderen Ländern oder beispielsweise früher in der DDR, muß keiner wegen seiner Texte um Leib und Leben fürchten. Dennoch wird auch hier – von der „Zivilgesellschaft“ – streng sanktioniert, was gesagt werden darf und was besser nicht. Wir nennen beispielhaft sechs Themen, an denen sich den Mund verbrennen kann, wer von der Norm abweicht. Was dann droht, ist soziale Exklusion – vor der sich gerade Bürgerliche fürchten.

## 1. Geschichte

Geschichte (oder genauer: Geschichtspolitik) ist das klassische „vermintete Gelände“ in der deutschen Diskussionskultur. Hier werden die Grenzen dessen, was sich gehört, besonders eng gezogen und streng überwacht, hier herrscht der größte Konformitätsdruck. Das gilt bereits unterhalb der strafrechtlich relevanten Schwelle.

Im November 1988 mußte Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) aus seinem Amt scheiden, nachdem er in einer Rede zum Gedenken an die „Reichskristallnacht“ von 1938 zu erklären versucht hatte, warum die Deutschen damals so vom Nationalsozialismus fasziniert waren. 1993 scheiterte die Kandidatur des konservativen sächsischen CDU-Politikers Steffen Heitmann zum Amt des Bundespräsidenten. Ihm wurde zum Verhängnis, daß er in einem Interview ein Ende der mit der NS-Vergangenheit begründeten „Sonderrolle Deutschlands“ gefordert hatte.

Als sich 1998 der Schriftsteller Martin Walser in einer Rede gegen die „Dauerpräsentation unserer Schande“ wandte, wurde ihm vorgeworfen, er nutze „antisemitische Klischees“.

2003 warf die CDU den Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann aus Fraktion und Partei wegen des – unzutreffenden – Vorwurfs, er habe die Juden als „Tätervolk“ bezeichnet. Allein die Tatsache, daß dieser Vorwurf permanent in den Medien wiederholt wurde, reichte für die finale Abservierung aus. „Geschichtsklitterung“ (Mitteldeutsche Zeitung) lautet noch der harmloseste Vorwurf gegen Hohmann. Andere Kommentare sehen in ihm einen „Brandstifter“ (Westdeutsche

Allgemeine Zeitung), den „Braungeist“ (Ostsee-Zeitung) und einen „charakterlosen Lumpen“ (Berliner Zeitung).

2010 verzichtete die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, entnervt auf den ihr zustehenden Sitz im Rat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, nachdem sie über Monate in den Medien und von der Opposition sowie sogar Teilen der Koalition fast einhellig als „Hindernis auf dem Weg zur Versöhnung“ mit Polen und Tschechen dargestellt worden war.

## 2. „Antifeminismus“

Das Verdikt, man habe sich antifeministisch oder gar frauenfeindlich geäußert, kann einen Karriereknick bewirken. So geschehen im Oktober 2011, als die Universität Trier dem renommierten israelischen Militärhistoriker Martin van Creveld kündigte, nachdem sich linke studentische Gruppen über ihn empört hatten. Er hatte nämlich in einem Vortrag über das Thema „Männer, Frauen, Kriegsspiele und Kultur“ ausgeführt, daß viele Frauen es genießen würden, Männern dabei zuzusehen, „wie sie sich gegenseitig abschlachten“.

Linke Gruppen an der Universität diffamierten daraufhin van Creveld in einem offenen Brief als „frauenfeindlich, militaristisch, latent antisraelisch, nicht zuletzt vulgärwissenschaftlich und methodisch primitiv“. Ferner wurde kritisiert, daß van Creveld häufig in der JUNGEN FREIHEIT Beiträge veröffentlicht habe. Zu den Erstunterzeichnern der Schmähschrift gehörten neben dem Asta der Hochschule Vertreter von GEW, DGB, Linkspartei, Jusos und der Grünen.

Die Uni Trier knickte nach einer Woche ein: Sie löste den Vertrag mit van Creveld als Gastprofessor am Historisch-Kulturwissenschaftlichen Zentrum (HKFZ) auf und sagte alle geplanten Vorträge ab. Diese Wendung kam sehr überraschend. Noch Stunden nach der Demission hieß es auf der Internetseite der Uni, van Creveld sei ein Wissenschaftler, „den man mit Recht als Koryphäe bezeichnen darf“. Auch war der Universität bekannt, daß seine Ansichten „nicht selten provokant und mit einer gewissen Vorliebe für herausfordernde Zuspitzungen“ sind. Doch davon wollte der Dekan dann nichts gewußt haben. „Wir kannten diese Thesen nicht“, zitiert ihn der Trierer Volksfreund.

Van Creveld zog nach seinem Rauswurf ein Resümee, das kein gutes Licht auf das freiheitliche Klima in Deutschland wirft: „Ich bin liberal, für mich ist Freiheit das Allerwichtigste. Ich glaube an Diskussion und

Meinungsaustausch – das ist Demokratie, das ist Toleranz. .... Offenbar hatte die Uni zu viel Angst vor ein paar Studenten. Wir erleben die schiere Feigheit – armes Deutschland, wenn das der akademische Standard hierzulande ist.“

Ebenfalls 2011 verlor die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Goslar, Monika Ebeling (SPD), ihre Stelle, weil sie sich nach Auffassung ihrer Kritiker zu einseitig Männerbelangen widmete und beispielsweise für die Rechte geschiedener Väter eintrat. Ebeling wird mittlerweile die „Nähe zur antifeministischen Männerrechtsbewegung“ vorgeworfen; ihre kritische Haltung zu Frauenhäusern verkürzten verschiedene Medien zu der Behauptung, sie wolle Frauenhäuser abschaffen. Ebeling selbst fragte einmal in einem Interview: „Überall ist Protest legitim – warum nicht auch gegen den Feminismus?“

Tja, warum wohl...?

Schon bei Bagatellen gilt: Feminismus ist Medienräson.

Erst kürzlich erhielt die Bahn eine schlechte Presse, weil sie den Teilnehmern einer Protestdemonstration gegen Abtreibung verbilligte Zugfahrkarten gewährte, und die Lufthansa sah sich nach einem medial inszenierten Sturm der Entrüstung genötigt, einen Werbetext zurückzuziehen. Begründung: Das „Miles & More Credit Card Partnerkarte Woman’s Special“ transportiere ein „überkommenes Rollenverständnis“.

### **3. „Homophobie“**

Kritik an der „Gleichstellung“ homosexueller Lebenspartnerschaften? Davon sollte man lieber die Finger lassen. Im Juni 2010 hatte sich der Geschäftsführer der Karlsruher CDU, Andreas Reifsteck, eine Anzeige wegen Volksverhetzung eingehandelt, weil er auf seiner Facebook-Seite in saloppem Tonfall die Forderung nach einem Adoptionsrecht für homosexuelle Paare kritisiert hatte. Außerdem äußerte Reifsteck sein Mißfallen an den Christopher-Street-Day (CSD) -Paraden („Blödsinn“). Für einen Homosexuellenverband waren solche „konservativ-reaktionären Statements“ Grund genug, die CDU zur Distanzierung von ihrem „umstrittenen“ Mitarbeiter aufzufordern.

Einen Aufschrei provozierte auch der Magdeburger Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD), der sich im vergangenen Jahr geweigert hatte, die Schirmherrschaft für den CSD zu übernehmen. Das schwul-lesbische Onlinemagazin „queer.de“ nannte den Politiker daraufhin ein „hart-

näckig-peinliches Fossil“ und fuhr schweres Geschütz auf: Mit seiner Weigerung setze Trümper „ein fatales Signal an diejenigen, die uns weiterhin Rechte verweigern oder uns sogar zusammenschlagen wollen“. Der homosexuelle Grünen-Abgeordnete Volker Beck forderte im April vergangenen Jahres die sächsische FDP auf, die parteilose Gemeinderätin Cordula Drechsler aus der liberalen Fraktion zu werfen. Sie hatte ihm, der schon bei Homosexuellen-Demonstrationen in Rußland Probleme mit der Polizei bekommen hatte, per E-Post geschrieben, er solle sich überlegen, noch nach Russland zu fahren, und: „Leute wie Sie Herr Beck braucht das deutsche Wählervolk beim besten Willen nicht“. Beck witterte darin „unverbesserlichen Menschenhaß“. Drechsler erhielt später Drohanrufe, außerdem beschmierten Unbekannte ihr Haus. Als jüngst der CSU-Bundestagsabgeordnete Norbert Geis, ein „Lieblingsfeind“ des Schwulenverbands, im Parlamentsplenum gegen die weitere Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften mit der Ehe plädierte, verkündete der Korrespondent der Süddeutschen Zeitung im Kurznachrichtendienst Twitter, er sei froh, daß Geis endlich bald aus dem Bundestag ausscheide.

#### **4. Diskriminierung**

Beim Thema ethnische oder religiöse Minderheiten sind Samthandschuhe angebracht. Das spürte nicht zuletzt der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD), als im August 2010 sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ erschien. Zwar wurde es ein Verkaufsschlager, und die Lesungen des Autors gerieten zum Publikumsmagneten; doch im Grunde hatten nahezu alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte aus Politik und Medien das Werk noch vor Erscheinen in Bausch und Bogen verdammt.

Wie schrieb etwa die „tageszeitung“? „Es ist höchste Zeit, sich von der Illusion zu verabschieden, rassistische Überzeugungen würden stets in Bomberjacke und Springerstiefeln daherkommen. ... Empörung allein reicht da nicht aus – jetzt müssen auch Konsequenzen gezogen werden. Als der CDU-Abgeordnete Martin Hohmann aus Fulda 2003 eine Rede hielt, die antisemitische Motive aufgriff, wurde er aus Fraktion und Partei ausgeschlossen.

Vergleichbare Reaktionen von SPD und Bundesbank sind jetzt überfällig. Sie würden deutlich machen, daß Deutschland durch seine Geschichte klüger geworden ist.“

In einer rechtlich zwielichtigen Aktion wurde Sarrazin von seinem Posten als Bundesbankvorstand gedrängt, von seiner Partei vor das Schiedsgericht gezerrt und von Migrantenverbänden wegen Volksverhetzung angezeigt. Juristisch verliefen die Vorwürfe im Sande, das SPD- Ausschlußverfahren scheiterte, nachdem Sarrazin eine Erklärung abgab, er habe nie die Absicht gehabt, mit seinem Buch „Gruppen, insbesondere Migranten, zu diskriminieren“ oder sozialdemokratische Grundsätze zu verletzen.

Immerhin gab es im Verlauf der großen Debatte über Sarrazin auch zurückhaltendere Kommentare in der Presse. Einige Beispiele:

- Die Süddeutsche Zeitung: „Sarrazin hat ein Problem benannt, das noch bestehen wird, wenn die Wogen der Empörung längst verebbt sind: das enorme Integrationsdefizit der muslimischen Minderheit in Deutschland, jedenfalls beklemmend großer Teile von ihr. Es ist zu befürchten, daß die Erregung über Sarrazin zur bequemen Ausflucht wird.“

- Frankfurter Allgemeine: „Wer den autochthonen Deutschen unterstellt, sie seien zu blöde zu begreifen, welche kulturelle Bereicherung ihnen etwa durch die Einwanderung aus Anatolien zuteil wird, muß nicht mit Rassismuskorrekturen und Rücktrittsforderungen rechnen. Sarrazin aber wird jetzt wieder der übliche Prozeß gemacht. ... Sarrazin in der Statistik zu widerlegen, versucht kaum jemand. ... Die Parteien erweisen sich nach wie vor als weitgehend ratlos, wenn Einwanderer zwar die Sozialleistungen dieses Staates annehmen, nicht aber seine Einladung zur Integration.“

- Rheinische Post: „Manchmal braucht es den Kanonendonner, um die Spatzen zu scheuchen. ... Sarrazin spitzt zu, was der meistgeachtete Sozialdemokrat, Helmut Schmidt, längst formuliert hat: daß die deutsche Zuwanderungspolitik kein Ausweis politischer Klugheit war. Deshalb ist es so klug wie geboten, die Fehler bei der Integration nicht nur zu benennen – was auch ohne Sarrazin geschieht –, sondern sie nicht fortzusetzen. Vieles von dem, was Sarrazin manchen Zuwanderer-Familien zumutet, wirkt pauschal, grob gestrickt, verletzend. Manches trifft den Kern des Problems. Und alles ist vom Recht auf Meinungsäußerung gedeckt.“

- Die BZ meinte: „Viele Politiker sagen nicht die Wahrheit. Sie verbergen ihre wahre Meinung zu dem komplizierten Integrationsthema oder machen sich etwas vor. Wer gegen das Tabu verstößt, wird ausgegrenzt. Wie soll man das nennen? Politisch korrekt oder verdruckt? ... Die Bürger haben nicht immer recht, wenn sie aufbegehren; auch

sie flippen da und dort aus, liegen schief und müssen es bereuen. Im Falle der Sarrazin-Publikation scheinen sie jedoch instinktiv und aus der Geschichte zu wissen, daß Denkverbote in Bücherverbrennungen münden. Politiker wissen das im übrigen auch. Aber sie verdrängen es.“

Grundsätzlich gilt jedoch auch nach der Debatte: Die Warnungen vor der vermeintlich in Deutschland grassierenden Fremdenfeindlichkeit oder „Islamophobie“ tauchen immer wieder dann auf, wenn auf Mißstände bei der Integrationsbereitschaft islamischer Einwanderer verwiesen wird.

Gänzlich bizarr ist es, wenn etwa die vollkommen unpolitische Autorin Sarah Kuttner nach einer Lesung wegen rassistischer Volksverhetzung angezeigt wurde: weil die Protagonistin ihres Romans von einer „Negerpuppe“ berichtete, die sie wegen ihrer „Schlauchbootlippen“ häßlich fand.

Der Furor der Antidiskriminierer geht jedoch noch weiter. Kürzlich legte die Nationale Armutskonferenz eine Liste der „sozialen Unwörter“ vor (<http://nationalearmutskonferenz.de/index.php/presse/pressemitteilungen/253-25022013-liste-der-sozialen-unwoerter>), mit der Bitte, diese hinfort nicht mehr zu benutzen. Eine Auswahl:

# Alleinerziehend (=Sagt nichts über mangelnde soziale Einbettung oder gar Erziehungsqualität aus. Beides wird jedoch häufig mit „alleinerziehend“ assoziiert)

# Arbeitslos/Langzeitarbeitslos (=Es sollte erwerbslos heißen, weil es viele Arbeitsformen gibt, die kein Einkommen sichern)

# Arbeitslose sind eine engagementferne Gruppe (=Damit wird nahegelegt, dass Erwerbslose sich nicht ehrenamtlich engagieren. Dagegen spricht schon die Vielzahl an Selbsthilfegruppen etc., in denen Erwerbslose aktiv sind)

# Behindertentransport (=Objekte werden transportiert, Menschen aber werden befördert)

# Bildungsferne Schichten (= Gemeint ist – und das sollte man auch sagen – „Fern vom Bildungswesen“ oder „vom Bildungswesen nicht Erreichte“)

# „Der/Die ist Hartz IV“ (=Wer Grundsicherung – im Volksmund Hartz IV – erhält, wird darauf reduziert. Außerdem wird häufig mit dem Begriff assoziiert, Empfänger von Sozialleistungen seien arbeitsscheu und generell unfähig)



- # Ehrenamtspauschale (=Richtig müsste es Ehrenamtseinkommensteuerpauschale heißen, denn besagte Pauschale kann nur entgegennehmen, wer eine Steuererklärung abgibt. Gerade arme Menschen können dies aber nicht, weshalb sie auch diese Entschädigung nicht erhalten)
- # Eingliederungsverfahren (=Menschen außerhalb von pathologischen oder resozialisierenden Prozessen müssen sich nicht erst eingliedern)
- # Flüchtlingsfrauen (=Überflüssig, weil das Wort Flüchtlinge beide Geschlechter umfasst. Ansonsten: ähnlich diskriminierend wie Arztgattin)
- # Illegale (=Diesem Begriff ist tatsächlich nur die Losung entgegenzuhalten: „Kein Mensch ist illegal“)
- # Missbrauch (=Ist im Zusammenhang mit Sozialrecht und Sozialstaat – beispielsweise Missbrauch von Hartz IV – eine un gute Vokabel, weil damit ein schwerwiegender sexueller Straftatbestand assoziiert wird)
- # Notleidender Kredit (=Wenn der Darlehensnehmer die Raten nicht mehr zahlen kann und das Darlehen infolgedessen gekündigt wird, gilt der Kredit als notleidend. Letzteres dürfte allerdings eher auf den Menschen in Zahlungsschwierigkeiten zutreffen)
- # Person mit Migrationshintergrund (=Häufig wird damit „einkommensschwach“, „schlecht ausgebildet“ und „kriminell“ in Zusammenhang gebracht. Während mit diesem Begriff Klischees reproduziert werden, wird er der sehr unterschiedlichen Herkunft der so Bezeichneten nicht gerecht)
- # Person mit Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung
- # Sozial Schwache (=Wer kein/wenig Geld hat, ist ökonomisch schwach, aber nicht sozial schwach)
- # Sozialschmarotzer
- # Trittbrettfahrer (=Wird auch für Menschen benutzt, die ein schwerwiegendes Delikt wiederholen oder davon profitieren)
- # Vollkasko-Mentalität
- # Wirtschaftsasylanten
- # Wirtschaftsflüchtlinge

## **5. Kritik an Israel**

Du kannst in Deutschland alles sagen, was du willst – du mußt nur bereit sein, die Konsequenzen zu tragen“, stellte der Publizist und frühere Vorstand des Zentralrats der Juden in Deutschland Michel Friedman einst fest. Genau auf die Konsequenzen kommt es jedoch an, wenn sich ein freies von einem unfreien System unterscheiden soll.

Im April vergangenen Jahres warf der Schriftsteller Günter Grass in einem Gedicht mit dem Titel „Was gesagt werden muß“ der israelischen Regierung vor, sie gefährde mit ihrer Drohung eines Militärschlags gegen Iran den „ohnehin brüchigen Weltfrieden“. In der daraufhin entbrannten öffentlichen Debatte ging es dann weniger um die Frage, ob Grass' Vorwürfe begründet seien oder nicht. Stattdessen wurde dem Nobelpreisträger von deutschen Politikern sowie Vertretern jüdischer Institutionen in Deutschland vorgeworfen, er habe sich israelfeindlich und antisemitisch geäußert. Immerhin lehnte das deutsche P.E.N.-Zentrum unter Verweis auf die Freiheit des Wortes einen Antrag auf Aberkennung der Ehrenpräsidenschaft von Grass ab.

Solcher Fürsprache entbehrte der seinerzeitige nordrhein-westfälische FDP-Vorsitzende Jürgen Möllemann, als er sich 2002 nach seinen kritischen Äußerungen zur israelischen Besatzungspolitik vom Zentralrat vorwerfen lassen mußte, er bediene „jahrhundertealte antisemitische Klischees“. Möllemann verlor den Rückhalt in der FDP und kam seinem Parteiausschluß durch Austritt zuvor. Ob er, wie behauptet, bei einem Fallschirmsprung im Juni 2003 den Freitod wählte, ist zweifelhaft. Die genauen Todesumstände wurden nie geklärt.

## **6. Klimawandel**

Wer die regierungsamtlich festgestellte, vom Menschen gemachte Erderwärmung in Zweifel zieht, ist ein Klimawandelleugner. Der Begriff erinnert nicht von ungefähr an den Straftatbestand der Holocaustleugnung. Die Leugner des Klimawandels, die der britische Vorzeige-Öko Prinz Charles 2011 zur Verantwortung zu ziehen angeregt hat, ignorierten die Fakten und gefährdeten die Menschheit, so der Vorwurf. Sie zögen die Richtigkeit der staatlichen Planeten-Rettungspolitik (Erneuerbare-Energien-Gesetz, Emissionshandel, Glühlampen-Verbot) in Zweifel. „Solche Menschen haben kein Verantwortungsgefühl für die Zukunft unserer Kinder“, heißt dann das Totschlagargument.

So trifft sie der Ausschluß vom Diskurs. Zu den prominentesten Opfern gehört beispielsweise der amerikanische Physiker Fred Singer, dessen klimakritisches Forschungsinstitut als „Lobbyverein“ der Mineralölindustrie verunglimpft wird. Oder das Europäische Institut für Klima und Energie, das als „Altherrenverein“ abgetan und damit mundtot gemacht werden soll.

Der deutsche Meteorologe Wolfgang Thüne – ein früherer ZDF-Wetterexperte – ist, seitdem er als Klimawandelleugner gilt, für die führenden deutschen Fernsehsender kein Gesprächspartner mehr.

### **Andere Dogmen der PC**

Doch schon auf wesentlich niedrigerer Ebene wird der Verstoß gegen politisch korrekte Dogmen geahndet, auch im Verein mit der Presse, die schon aus Eigeninteresse gerne aufbauscht. Beispielhaft dafür steht das Schicksal eines Kreisverbands der Jungen Union vor zwei Jahren, auch weil gleich mehrere Tabus verletzt worden sind.

In der Jungen Union im baden-württembergischen Göppingen hatte sich im April 2010 eine „Projektgruppe“ zur konservativen Erneuerung gebildet. Damit wollte der Parteinachwuchs vor allem eine innerparteiliche Diskussion anstoßen, „die von der Merkel-CDU nicht länger ignoriert“ werden könne.

Nachdem sich die CDU in den letzten Jahren von dem über Jahrzehnte gültigen Anspruch, die konservative Volkspartei zu sein, verabschiedet habe, „verleugnet sie inzwischen konsequent ihre Grundwerte, verprellt Stammwähler und unterminiert die Motivation der eigenen Mitglieder“, heißt es in einer Stellungnahme des Verbands.

In seiner „Eislinger Erklärung“ forderte der JU-Kreisverband nun eine „dringend notwendige innerparteiliche Rückbesinnung auf die ursprünglichen christdemokratischen Werte“ vor allem in den Punkten „christliche Leitkultur, Familie, Nation, Bildung, Schöpfung und Integration“. „Zunehmend wichtig wird die Betonung des ‘C’ auch angesichts der Herausforderungen durch Zuwanderung, Überfremdung und die Gefahren des Islam. Nur eine selbstbewußte Nation und eine ihres Glaubens und ihrer Werte bewußte Gesellschaft kann demgegenüber bestehen und kann auch nur dann integrieren im eigentlichen Sinne.“ Das Staatsangehörigkeitsrecht „sollte als Korrelat zur Zugehörigkeit zur Nation wieder geändert werden.“ Hierzu gehöre auch die konsequente Ablehnung der doppelten Staatsangehörigkeit.

„Eine Abnahme der Integrationsbemühungen bei der dritten und vierten Einwanderer-Generation belegt das Scheitern der Multi-Kulti-Strategie.“

Weiter heißt es, es dürfe „kein staatlich unterstützter Bau von repräsentativen Großmoscheen, Minaretten oder islamischen Zentren gegen den erkennbaren Willen der Mehrheitsbevölkerung erfolgen“.

Und: „Richtlinie der Integration in Deutschland ist die christliche Leitkultur.“

Die CDU dürfe sich nicht „hin zu falschen Inhalten und Seiten“ anbieten, sondern müsse zu den christlichen Wurzeln zurückkehren. Außerdem bedürfe es der „Abkehr von der Selbstgeißelung mit den Verbrechen des Dritten Reiches, wie sie von der politischen Linken seit Jahren betrieben wird“, und statt dessen einer vermehrten „Besinnung auf Geschichte und Tradition der deutschen Nation vor 1933 und nach 1945“.

Vehement fordert die Göppinger JU eine konservative Familienpolitik. Dazu gehört die Ablehnung einer staatlichen Förderung von Kinderkrippen, ein Ende des marxistisch motivierten Gender Mainstreamings und der Förderung von Veranstaltungen der Homosexuellen-Lobby durch CDU-Minister.

„Die eingetragene Homo-Ehe ist im Interesse des Staates und seiner Zukunft falsch und unsinnig. Und sie widerspricht christlichen Grundsätzen zutiefst.“

Ihr Strategiepapier verstand die Junge Union als „Plädoyer für eine Wende“ und einen „Aufruf an die Mitglieder der CDU, den Kampf um ihre Partei aufzunehmen“. Im Linkstrend der Partei sehen die Nachwuchsfunktionäre auch eine negative Entwicklung für das Land. Immer mehr Wähler wendeten sich von der Union ab, die innerparteilichen Unmutsbekundungen würden zunehmend lauter, und einzelne Mitglieder befänden sich in einer Zerreißprobe.

Der stellvertretende Kreisvorsitzende sagte: „Wir müssen die CDU als Volkspartei retten, gerade auch im Interesse der Meinungsfreiheit und eines pluralistischen Parteiensystems.“

Unmittelbar danach hatten die Jungsozialisten in der SPD (Jusos) sowie die Grüne Jugend die „Eislinger Erklärung“ als skandalös bewertet. Mit ihr versuche die JU, sich „auf Kosten von Migranten, Homosexuellen oder Frauen zu profilieren“, so ein Juso-Sprecher

Die Äußerungen des Unionsnachwuchses seien „diskriminierend und absolut geschmacklos“, sie zeugten zudem „von Feigheit“, heißt es in einer Reaktion der Jusos. Für die Grüne Jugend sei das Positionspapier „keine christlich-konservative Profilsuche, sondern rückwärtsgewandte und menschenverachtende Hetze“.

Dabei würden alle Grenzen verwischt, „die demokratische Parteien vom rechtsextremen Sumpf trennen sollten.“ Die JU sei sich nicht zu

schade, „alle nur erdenklichen Stereotype und Vorurteile gegenüber Frauen, Lesben und Schwulen, Ausländern und anderen Minderheiten zu bedienen“ beklagten die beiden Landesvorsitzenden der Grünen Jugend Baden-Württemberg.

Im Juni dann meldete sich der Landesvorsitzende der Grünen in Baden-Württemberg, Christian Kühn, zu Wort und forderte die CDU sowie den damaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus auf, sich von der „Eislinger Erklärung“ der Jungen Union zu distanzieren.

„Das Papier der Jungen Union ist ausländerfeindlich, homophob, nationalistisch, frauenfeindlich und beschreibt ein reaktionäres Familien- und Gesellschaftsbild“, sagte der Grünen-Chef in einem Interview mit der Südwest-Presse.

Aus Kühns Sicht trete der Göppinger JU-Kreisverband damit „die Flucht in die Vergangenheit“ an und verwische „dabei die Grenzen zwischen demokratischen Parteien und ultrarechten Gruppierungen“.

Wahrscheinlich, so Kühn, stecke in der Erklärung der JU „doch eine Menge Gedankengut, das in der CDU hoffähig ist oder werden soll“. Es sei offensichtlich, daß in der Union ein Richtungskampf tobe zwischen denjenigen, die sich „eine moderate konservative Partei wünschen und Kräften, die den Weg zurück in die Vergangenheit gehen wollen“, behauptete der Grünen-Vorsitzende.

Etwa zwei Wochen später konnte dann gemeldet werden: Die Junge Union (JU) Göppingen hat nach massiver Kritik ihr Diskussionspapier für einen konservativen Richtungswechsel der CDU zurückgezogen. Es sei nie die Absicht gewesen, „mit einzelnen Aussagen Menschen zu verletzen oder auszugrenzen“, hieß es in einer Erklärung der CDU-Nachwuchsorganisation.

Obwohl es auch viel Zustimmung zu den einzelnen Thesen gegeben habe, habe man erkannt, daß „dies durch mißverständliche, falsche Formulierungen und auch handwerkliche Fehler“ dennoch geschehen sei. „Wir bedauern dies zutiefst und ziehen deshalb das Diskussionspapier zurück“, räumte die JU-Göppingen ein.

Warum dieses Einknicken vor denen, die hier im besten – also schlechten – Sinne als politische korrekte Blockwarte agierten? Nun, man wäre sonst in der Gefahr, als „rechts“ zu gelten. Aber: „Generell ist die Stigmatisierung als „rechts“ hierzulande ein vernichtendes Urteil; sie stellt den denkbar wirksamsten Pranger dar – viele setzen dieses

Wort mit Rechtsextremismus und neuerdings auch mit Rechtsterrorismus gleich. ... wenn das Eintreten für das Vaterland, wenn Nationalstolz und der Wille, nicht nur moralisierend und hochmütig auf die deutsche Geschichte zu blicken, schon radikal, extremistisch und ein Fall für den Verfassungsschutz sein sollen, dann stimmt etwas mit den professionellen wie den selbsternannten Verfassungsschützern nicht.“ So schrieb es der Reinhard Müller vergangenes Jahr in einem Leitkommentar der FAZ.

Steckt vielleicht noch mehr dahinter?

In einem Interview mit der Jungen Freiheit kritisierte der Kulturwissenschaftler Hans Ulrich Gumbrecht den „mangelhaften Sinn vieler Deutscher, vor allem vieler deutscher Intellektueller, für die Formel, die man in angloamerikanischen Ländern beinahe selbstverständlich findet, nämlich: We agree to disagree. Wir sind uns einig, daß wir anderer Meinung sind. In Deutschland wird einem, der eine andere Meinung hat, kaum zugestanden, daß diese begründet sein könnte. Statt dessen heißt es dann etwa, diese Sicht sei ‚nicht wissenschaftlich‘ oder: So eine Haltung diene nur dazu, zu spalten.“

In Ländern wie Frankreich, Italien oder Spanien gebe es laut Gumbrecht eine lebendigere Streitkultur: „Dort stürzt man sich gerade mit besonderer Leidenschaft ins Getümmel, wenn es konfrontativ wird. In Deutschland dagegen geht man an dieser Stelle gerne zu einem anderen Thema über. Ich habe immer den Eindruck, daß echte Debatten in Deutschland etwas Unangenehmes sind.“

Das Interview mit Gumbrecht erschien im Februar 2012 vor dem Hintergrund des „Falles Oblinger“, dem Stadtpfarrer von Ichenhausen. Georg Alois Oblinger, war vom Augsburger Bischof die Mitarbeit bei der Jungen Freiheit offiziell verboten worden, nachdem vor allem die Augsburger Allgemeine gegen den konservativen Geistlichen Stimmung gemacht hatte, indem sie die JF unter Berufung auf (ausschließlich) linke Politikwissenschaftler als „Leitmedium der sogenannten Neuen Rechten“ und „Scharnier zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“ bezeichnet hatte.

Wie hatte Hans Ulrich Gumbrecht in der linken Wochenzeitung „Freitag“ zuvor geschrieben: „Die einst mutigen Positionen der Intellektuellen sind zur Norm geronnen – wer gegen den Mainstream kämpft, bekommt Probleme.“

Wir haben also gesehen, daß politische Korrektheit durchaus ein Problem darstellt, indem sie die Meinungsvielfalt und sogar die akademische Freiheit einschränkt. Wer gegen die Gesetze der politischen Korrektheit verstößt, kann aus seinem sozialen Umfeld verbannt werden, ja sogar seine berufliche Position verlieren.

Noch verheerender wirkt sich Politische Korrektheit in den Medien aus, wenn dadurch Tatsachen entstellt, Fakten verheimlicht und Zusammenhänge verschleiert werden. Wenn also die Medien ihrem Auftrag, zu informieren nicht nur **nicht** nachkommen, sondern ihn sogar konterkarieren – zum Beispiel indem sie **desinformieren**.

Sind Ihnen auch schon Meldungen aufgefallen, in denen von „Großfamilien“ die Rede war, zwischen denen es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam? Oder von „Gruppen Jugendlicher“ ...?

Sie werden wahrscheinlich beim Lesen nicht an die „Müllers“ oder „Schulzes“, nicht an „Georg, Paul“ oder meinetwegen „Kevin“ gedacht haben... Wahrscheinlich liegen Sie damit richtig – der Nachrichtentext wird Ihnen allerdings keine Anhaltspunkte geliefert haben.

Das liegt unter anderem am selbstverpflichtenden Kodex des Presserats (<http://www.presserat.info/inhalt/der-pressekodex/pressekodex/richtlinien-zu-ziffer-12.html>) . Darin heißt es unter der Richtlinie 12.1 – Berichterstattung über Straftaten:

„In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“

Und daß ein überproportional hoher Anteil sogenannter „Migranten“ bei bestimmten Tatbeständen vorherrscht, ist für die meisten Journalisten **kein** begründbarer Sachbezug...

Es ist nicht leicht, deutschenfeindliche Übergriffe von „normaler“ Kriminalität zu trennen. Wann fallen deutschenfeindliche Äußerungen, während das Opfer verprügelt und um seinen Geldbeutel oder sein Mobiltelefon erleichtert wird? Wann vor allem wären diese Äußerungen, wäre also der deutschenfeindliche Antrieb dokumentiert, nachweisbar gemacht? Beim Blick auf die Alltagsgewalt gegen Deutsche muß man sich auf Beobachtungen, Opferstatistiken, auf die entlang ethnischer Linien verlaufende Opferauswahl ausländischer Täter verlassen.

Eindeutig wird die Lage, wenn man sich mit sogenannten Intensivtätern beschäftigt. Von ihnen geht ein Großteil der deutschenfeindlichen Gewalttaten aus.

Erstmals ist der Deutschenhaß ausländischer Intensivtäter im Verfahren gegen die „Schläger vom U-Bahnhof Lichtenberg“ zum Prozeßthema geworden. Die vier jungen Täter aus Kenia und Albanien, dem Kosovo und dem Irak prügeln einen 30 Jahre alten Malergesellen ins Koma und riefen dabei: „Wir hassen Deutsche.“ Zuvor hatten sie andere deutsche Passanten mit „Nazischwein“ und „Hurensöhne“ beleidigt. Das Gericht geht mittlerweile von neun Fällen aus, in denen einer oder mehrere der Schläger deutsche Opfer ihres Deutschseins wegen angegriffen, beleidigt und teils schwer verletzt hätten.

An der Gruppe der Intensivtäter wird der Zusammenhang zwischen wachsender „Jugendkriminalität“ und fehlgeschlagener Integration besonders anschaulich. In Duisburg sind 300 jugendliche Intensivtäter registriert, die jedes Jahr eine größere Zahl schwerer Straftaten begehen, in Berlin rund 550; 70 Prozent der Duisburger und 80 Prozent der Berliner Intensivtäter haben einen „Migrationshintergrund“, in Brennpunktvierteln sind die Anteile noch höher. Die Masse der Intensivtäter kommt aus den jeweiligen Einwanderer-Ghettos in den ehemaligen Arbeiterbezirken – in Duisburg sind das die Stadtteile Marxloh, Hochheide, Hochfeld, in Berlin Nord-Neukölln, Wedding, Kreuzberg und Tiergarten. Obwohl Türken die zahlenmäßig stärkste Einwanderergruppe darstellen, sind in Berlin 46 Prozent der Intensivtäter Araber und nur ein Drittel Türken. Ohne die Einwanderungsströme der letzten Jahrzehnte gäbe es kein nennenswertes Intensivtäterproblem, meint der Berliner Oberstaatsanwalt Roman Reusch, bis zu seiner politisch motivierten Versetzung im Jahr 2008 zuständig für jugendliche Intensivtäter. Diese Tätergruppe zähle zwar in den meisten Großstädten nur nach Hunderten, begehe aber Jahr für Jahr Zehntausende schwere Straftaten. Dennoch sind sie nur die oberste Spitze des Eisbergs. Die Gewalt gedeiht im Milieu der Ghettos und Parallelgesellschaften, aus dem sie hervorgehen, ein Milieu, das die Deutschen – obwohl viele Einwanderer selbst längst eingebürgert sind – als „ungläubig und dekadent“ verachtet, und in dem muslimisch-archaische Tradition und Kultur alle Integrationsbemühungen konterkarieren.

Anders als über „rechte“ oder „ausländerfeindliche“ Gewalt liegen offizielle Statistiken über deutschenfeindliche Gewalt nicht vor. Die



polizeilichen und staatsanwaltlichen Kriminalstatistiken erfassen zwar seit Jahren den überhöhten Anteil bestimmter Einwanderergruppen an Gewalt- und Tötungsdelikten, nicht aber, in wie vielen Fällen fremde Täter sich ein deutsches Opfer gesucht haben.

Man sieht: gefährlich ist die politische Korrektheit besonders dann, wenn sie genutzt wird, die Realität zu vernebeln, zu entstellen!

Aber irgendwann ist der Punkt erreicht, ab dem diese Vernebelung nicht mehr funktioniert – entweder weil die Medienkonsumenten ohnehin darauf gekommen sind, das politisch korrekte Neusprech zwischen den Zeilen zu interpretieren (siehe: Großfamilie!) oder weil sie die Realität besser wahrnehmen als die „klugen“ Journalisten:

„Unsere Toleranz ist erschöpft! Was sollen wir uns noch gefallen lassen? Immer müssen die Deutschen tolerant sein und sind der Gewalt hilflos ausgesetzt! Unfaßbar!“ So der Protest einiger junger Hamburger 2010 wenige Tage nach der tödlichen Messerattacke auf den 22jährigen Pascal.

Der Abiturient mußte sterben, weil er nicht hinnahm, daß seine Verlobte belästigt wurde. Der mutmaßliche Täter, Matthias A., ist aramäisch-türkischer Herkunft und war bereits vor der Tat polizeibekannt. Er machte kurzen Prozeß mit Pascal und stach ohne großes Federlesen zu.

„Es muß erlaubt sein, einmal darauf hinzuweisen, daß wir ein Integrationsproblem haben“. Junge Männer mit Migrationshintergrund seien überproportional an Gewaltdelikten beteiligt, stellte daraufhin der damalige Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) fest. Kurz zuvor hatten rund 30 Jugendlichen Einwanderer zwei Polizeibeamte angegriffen.

Behörden und Presse hatten bisher politisch korrekt verschwiegen, daß der Anteil der Gewalttäter mit Migrationshintergrund enorm hoch ist. Exakte Zahlen konnte der Senat nicht nennen, da die Statistiken nur zwischen deutschen Staatsbürgern und Ausländern differenzieren, nicht aber den Migrationshintergrund der Tatverdächtigen mit deutschem Paß erfassen. Doch die Behörde gab zu: „Bei den letzten Gewaltdelikten waren aber immer Tatverdächtige mit Migrationshintergrund beteiligt“.

Selbst wo statistisch dies mittlerweile erfaßt wird, halten sich die Medienvertreter bei der Nennung solcher Hintergründe meist zurück; man will ja nicht diskriminieren oder stigmatisieren.

Darüber hinaus gibt es das unangenehme Phänomen der – ich nenne sie einmal – imperialistischen politischen Korrektheit, an der sich

deutsche Politiker und Medienvertreter rege beteiligen. Dann können schon mal demokratische Wahlen wie jetzt in Italien (Silvio Berlusconi!), jüngst in Ungarn (Victor Orban!) oder einst in Österreich (Jörg Haider!) abqualifiziert werden – natürlich „im europäischen Geiste“....! Mein Kollege Michael Paulwitz schrieb über dieses Phänomen einmal: „Vergeßt das Schreckgespenst vom germanischen Herrenmenschen in Uniform und Knobelbechern, der halb Europa unterjochen will. Jetzt kommt der deutsche Oberlehrer. Er ist grün, links und gut und weiß genau, was politisch korrekt ist. Rassisten, Nazis, Klimasünder, Sexisten, Homo- und Islamophobe kriegen von ihm unbarmherzig eins mit der Moralkeule auf die Mütze. Heute, da kuscht schon Deutschland, und morgen die ganze Welt. ...“

Wenn es darum geht, am deutschen Wesen die Welt genesen zu lassen<sup>1</sup> und kollaborationsunwillige Ausländer mit Totschlagevokabeln zu bewerfen, lassen sich die Grünen so leicht von niemand übertreffen. Ihre Fraktionen, Geschäftsstellen und Abgeordnetenbüros in Europa, Bund und Ländern sind sozusagen Schaltzentralen des gutmenschlichen Imperialismus.

Ganz egal, ob der Ungar in den Senkel gestellt werden muß, weil er es gewagt hat, eine nichtlinke Regierung zu wählen, die noch dazu die Interessen des eigenen Volkes vertreten will, oder ob dem Polen mal wieder die Leviten gelesen werden müssen, weil er doch tatsächlich glaubt, in die Kernenergienutzung einsteigen zu können, wo man doch eben stellvertretend für ganz Europa im eigenen Land den Ausstieg durchgeboxt hat – die Grünen sind immer vorn dabei.

Wer in Osteuropa die bunte Begeisterung für Homo-, Trans- und sonstige Sexualität nicht teilt, gerät ins Visier deutscher Kommentatoren und bekommt prompt Besuch von grünen Spitzenpolitikern; Volker Beck reist dafür regelmäßig bis nach Moskau. Wem das Einschmelzen

---

1 Anm. d. Red.: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ ist eine Verkürzung aus dem Gedicht des Romantikers Emanuel Geibel „Deutschlands Beruf“ von 1861, in dem er um des Friedens willen das untergegangene Deutsche Kaiserreich als Ordnungsmacht in Europa beschwört: *Dass die Welt nicht mehr, in Sorgen/Um ihr leicht erschüttert Glück,/Täglich bebe vor dem Morgen,/Gebt ihr ihren Kern zurück!/Macht Europas Herz gesunden,/Und das Heil ist euch gefunden.* Doch: *Sein gefürstet Banner trage/jeder Stamm, wie er's erkor,* d.h., er denkt an ein Europa der Vaterländer, deren Egoismen gezügelt sind, was die letzte Strophe ausdrückt: *Macht und Freiheit, Recht und Sitte,/Klarer Geist und scharfer Hieb/ Zügeln dann aus starker Mitte/Jeder Selbstsucht wilden Trieb,/Und es mag am deutschen Wesen/Einmal noch die Welt genesen.* (Das große deutsche Gedichtbuch, Athenäum Verlag 1978, 2. Aufl.)

der Nationalstaaten im europäischen Einheitsbrei nicht paßt, der wird von Daniel Cohn-Bendit nach Gutsherrenart zusammengefaltet, und wenn er Vaclav Klaus heißt und Staatspräsident der Tschechischen Republik ist. Und am neugewählten ägyptischen Parlament bereitet den Bundestags-Grünen nicht etwa die riesige Fundamentalisten-Fraktion Kopfzerbrechen – ihr erhobener Zeigefinger gilt dem viel zu niedrigen Frauenanteil. Ironie beiseite – die Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen.

Nur: Woran liegt es, daß die Weltverbesserer und Interventionisten gerade aus dem linken Stall in alle Welt ausschwärmen, um andere Länder und Völker nach Herrenmenschenart zu bevormunden? Warum können diejenigen, die beständig *Vielfalt* und *Toleranz* im Munde führen, es am allerwenigsten ertragen, wenn jemand anderer Meinung ist und die eigene Tradition und Kultur höher schätzt als multikulturelles Einerlei? Warum sind Menschen, die *Aufklärung* und *Vernunft* gepachtet zu haben glauben, so erpicht darauf, die eigenen ideologischen Steckenpferde bis in die entlegensten Winkel der Welt zu reiten, wo niemand etwas mit ihnen anfangen kann?

Die Antwort ist so verblüffend wie einfach: Eben weil es Linke sind. Wer glaubt, er hätte den ideologischen Schlüssel zur Erlösung der Menschheit in der Tasche, wird unduldsam gegen jeden, der sich nicht erlösen lassen will, und schreitet zur Zwangsbeglückung. Gulag und Umerziehungslager sind nicht umsonst linke Erfindungen, und die erste totalitäre Diktatur der neueren Geschichte wurde nicht zufällig von den linken Jakobinern errichtet und hieß *Wohlfahrtsausschuß*: Sie meinen es ja nur gut, und dafür ist kein Opfer zu groß.“

Für den Medienwissenschaftler Norbert Bolz ist es „der Jammer der deutschen Situation, daß ausgerechnet die Linken zu den großen Tabumächten geworden sind. Also die, die früher Aufklärung betrieben haben, die früher gekämpft haben für freie Meinung – überhaupt für Freiheit: Das sind die großen Tabumächte unserer Zeit.“

Wie kommt es, daß die Medien in diesem Chor so einstimmig mitsingen?

Im Durchschnitt verorten sich Journalisten selbst eher politisch links. Auf einer Skala von eins bis hundert, auf der eins für „politisch links“ und hundert für „politisch rechts“ steht, verorteten sich die Journalisten im Durchschnitt bei 38. Dies spiegelt sich auch bei der Parteineigung der Journalisten wider. Besonders auffällig ist der wachsende Zuspruch

zu Bündnis 90/Die Grünen seit den 90er Jahren. Zwischen den Jahren 1993 und 2005 nahm die Parteipräferenz für die Grünen von 19 Prozent auf 36 Prozent zu. Unter den Journalistinnen tendierten sogar 41 Prozent zu den Grünen. Die Neigung zu den anderen Parteien ging in diesem Zeitraum hingegen zurück. Die Neigung zur SPD ging geringfügig von 26 auf 25 Prozent zurück, die zur CDU von 12 auf 9 Prozent und die zur FDP von 9 auf 6 Prozent und von der PDS von vier Prozent auf einen Prozentpunkt. Die Zahl der Journalisten ohne Parteineigung von 30 auf 20 Prozent.

Eine jüngere Studie aus dem Frühjahr 2010, die sich nur mit Politikjournalisten befasst, liefert etwas andere Daten: In dieser Studie erklären 36,1 Prozent, dass sie keiner Partei zu neigen, 26,9 Prozent tendieren zu Bündnis 90/Die Grünen, 15,5 Prozent zur SPD, 9,0 Prozent zur CDU/CSU, 7,4 Prozent zur FDP und 4,2 Prozent zur Linkspartei. Die Grundaussagen decken sich jedoch weitgehend: Im Durchschnitt positionieren sich Journalisten links von der Mitte und die politische Neigung zu Bündnis 90/Die Grünen ist überproportional vertreten.

„Wir haben uns – unter dem Deckmantel der Redefreiheit und der unbehinderten Meinungsäußerung – in einem System der Unterwürfigkeit, (. . .) der organisierten sprachlichen und gedanklichen Feigheit eingerichtet, das praktisch das ganze soziale Feld von oben bis unten paralyisiert.“ so der Philosoph Peter Sloterdijk ([http://www.focus.de/finanzen/news/political-correctness-klappe-zu\\_aid\\_908582.html](http://www.focus.de/finanzen/news/political-correctness-klappe-zu_aid_908582.html)).

Wenn wir also die Freiheit lieben und die Wahrheit achten, sollten wir uns den oben beschriebenen Formen der politischen Korrektheit entgegenstellen. Wir sollten – um zum eingangs zitierten Gleichnis zurückzukehren – der Hase mit der Schrotflinte sein!